

Mannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Preis im Haus durch Kurträger
Mk. 1.20 vierteljährlich
Preis im Haus durch die Post
Mk. 1.30 vierteljährlich

Mit einer vierseitigen
Ankündigungen



Verlag und Druck:
Günz & Cule, Rauhof.
Redaktion:
Robert Günz, Rauhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 12 Pf. die fünfjährige Zeit, an erster Stelle und für Auswärtige 15 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Mannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluss der Anzeigennahme: Sonntags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 36.

Sonntag den 24. März 1912.

23. Jahrgang.

Rund um die Woche.

(Beängstigungen und Wiederaufleben.)

Es gibt Maler des Grauens und Dichter des Satanismus, deren Werke unsere Haare zum Sträuben bringen. Aber auch ganze Zeitspannen sind voll von weifenloser Beängstigung, die das Herz bedrückt. Die deutschen Kriegserichter, die in der vergangenen Woche sogar die Börsen zum Wanken brachten, waren, wie man nachher aufatmend bekannte, gegenstandslos, aber selbst manche klugen Berliner Politiker ließen sich von ihnen in Bann schlagen. Was, was von den Befürchtungen nachgeblieben ist, ist der Rücktritt eines Staatssekretärs, des Schatzmeisters Bermuth. Dieses Rad in der großen Maschinerie ist ausgewechselt worden, und das Werk scharrt weiter. Ein Glück, daß wir keine Kanakerkriege bekämen, wie die Wellen sie verkündeten, denn eine Kanakerkriege bedeutet bei uns weit mehr als in parlamentarischen Staaten; Bismarcks Abgang ist noch heute von Tausenden nicht verwunden, und Bülow's Ausscheiden hat tiefe Wirkungen hinterlassen.

In schweren Träumen mag man es sich vorstellen, wie es sein mag, wenn die Welt plötzlich ohne Kohlen wäre: entsetzlicher Gedanke! Alle Fuhrwerke zusammen würden nicht ausreichen, um beim Stoen der Eisenbahnen die Großstädte mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen und vor dem Hungertode zu bewahren. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier hat diese Angstergebilde bestätigt. In England liegen ja schon ganze Industrien wegen des dortigen Ausstandes lahm, und Hunderttausende von Arbeitern mußten ausgeperrt werden, weil die Fabriken ihre Kessel nicht mehr heizen können; der Kontinent wollte helfen, aber jetzt stauen sich in Antwerpen die Kohlenladungen so, daß weitere Eisenbahnzüge mit „schwarzen Diamanten“ vorerst dort gar nicht mehr angenommen werden. Das deutsche Volk kann dankbar dafür sein, daß unser Streik nur neun Tage dauerte und somit eine Katastrophe für die deutsche Arbeit vermieden wurde.

In den nächsten Tagen findet in London wieder eine große deutsch-englische Friedensversammlung statt; je unfröhlicher es in der Welt ausseht, desto mehr Friedenswünsche werden immer gedreht. Allerdings hielt Churchill's Flottenrede von Vrasen sich ganz frei und nannte fast die Dinge beim Namen. Diese Offenheit wirkt wenigstens erfrischend und ist auf deutscher Seite ebenso offen beantwortet worden. Schon im Dezember hat der Kaiser, wie jetzt authentisch bekannt wird, wofür ein Wissender sich verbürgt, den Engländern gesagt: „Nun, was ihr wollt, wir bauen, was wir brauchen!“ Diese ruhige und männliche, dabei gar nicht aufreizende Sprache ist das einzig Richtige. Auch beim Empfang des Reichstagspräsidenten hat der Kaiser davon gesprochen, daß unsere seit zehn Jahren als zweckmäßig erkannte Flottenpolitik unbedeutend weitergeführt werden werde. Das mag für viele eine Beruhigung sein.

Ohne daß es in die Presse kam, haben in der vorigen Woche in sehr hochstehenden Kreisen in Berlin ernste Besorgnisse um den Frieden gebrütet. Jemandem über müssen Redungen gekommen sein, daß irgendeine Macht zum Frühling Angriffsgelüste habe. Jedenfalls haben, wie man sich erzählt, verschiedene deutsche Generalstabs-offiziere für ihre Frauen loszulassen „Quartier gemacht“, nämlich für den Frühling sie zu längerem Aufenthalt bei Verwandten angemeldet. Das ist wie ein Lauffeuer durchgegangen. Berufsmäßige Bestimmten leben schon die Kriegshurte über Europa rasiert und fragen nur noch, ob sie im Kaukasus oder in den Bogenen aufsteigen wird. Aber so wenig wir an die „große“ Krise in Berlin geglaubt haben, so wenig erscheint uns das jetzige Kriegsgespenst plausibel, — aber gerüstet sein muß man allerdings stets auf alles.

Die Wehrevorlagen.

Die Reichsregierung gibt loben die schon lange besprochenen neuen Wehrevorlagen der Öffentlichkeit bekannt, bemerkt allerdings dazu, die Angaben über den Inhalt der Vorlagen könnten nur mit dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Entwürfe ihre endgültige Gestalt für den Reichstag erst durch die Beschlüsse des Bundesrats erhalten werden.

Zwei neue Armeekorps.

Neben den früher schon vorgesehene Verstärkungen (zwei Feldartillerie-Regimenter, Neubildung der Fußartillerie, ein Telegraphenbataillon), die erst 1914 und 1915 kommen sollten und nun bis zum 1. Oktober 1912 beachtlich sind, handelt es sich darum, das Friedenspräsenz-gesetz von 1911 zu ergänzen, um durch stärkere Veran-staltung der zum Wehrdienst fähigen und durch Verwoh-lung der Organisation die Kriegsbereitschaft des Heeres zu steigern. Zu diesem Zweck sollen zwei neue

preussische Armeekorps unter Verwendung der im Osten und Westen (beim 1. und 14. Armeekorps) vorhandenen dritten Divisionen gebildet werden. Es werden also zwei Generalkommandos und zwei Divisionsstäbe neu aufgestellt werden müssen. In die neuen Divisionen werden Brigaden eingereiht werden, die hierfür verfügbar sind. Die Neu-schaffung von Korpsverbänden und die Regelung der Befehlsverhältnisse an der Westgrenze erfordert die Er-richtung einer neuen siebenten Armee-Inspektion.

Es werden 14 dritte Bataillone und ein Infanterie-Regiment neugebildet werden. An Kavallerie soll in Preußen als Folge der Bildung zweier neuer Armeekorps ein Kavallerie-Regiment zu fünf Schwadronen aufgestellt werden. Auch in Bayern ist eine Verstärkung der Kavallerie in Aussicht genommen. Bei jedem Infanterie-Regiment soll eine Maschinen-gewehr-Kompagnie eingerichtet werden.

Nach all dem wird das Reich gegenüber dem Präsen-gezetz von 1911 die Friedensstärke des Heeres um rund 29 000 Mann, ausschließlich Unteroffiziere, vermehren.

Endlich besteht die Absicht, gleichzeitig mit der Heeres-vorlage eine Erhöhung der Mannschaftehdnung vorzu-schlagen.

Verstärkung der Flotte.

Es soll allmählich ein drittes aktives Geschwader ge-bildet werden. Die für dieses dritte aktive Geschwader erforderlichen Schiffe sollen gewonnen werden: a) durch Verzicht auf das Reserveflottenflaggschiff, b) durch Verzicht auf die zurzeit vorhandenen Materialkreuzer — 4 Linien-schiffe, 4 große und 4 kleine Kreuzer —, c) durch all-mählichen Neubau von 3 Linien Schiffen und 2 kleinen Kreuzern.

Gegenüber den bereits im Flottengesetz vorgegebenen Indiensthaltungen ist nur die Mehrindiensthaltung von 3 Linien Schiffen, 3 großen und 3 kleinen Kreuzern er-forderlich. Dies bedingt eine entsprechende Vermehrung des Personals.

Ferner ist eine Vermehrung der Unterseeboote und die Beschaffung einiger Luftschiffe in Aussicht genommen.

Die Kosten.

Der Gesamtvermehrungsbedarf für diese Verstärkung des Heeres und der Flotte stellt sich für 1912 auf rund 97 Millionen Mark, 1913, in welchem Jahre der höchste Kostenbetrag erreicht wird, auf rund 127 Millionen Mark, 1914 auf rund 114 Millionen Mark.

Der Anteil der Flotte beträgt 1912 rund 15 Millionen Mark, 1913 rund 28 Millionen Mark, 1914 rund 33 Millionen Mark und erreicht im Jahre 1916 seine Höchstumme mit 43 Millionen Mark.

Vom Deutschen Reichstag.

Verbot der Abmienenversicherung
forbert. Abg. Haupt (Soz.): Gegen den Antrag der Abmienenversicherung hat sich mit Vertretern bürgerlicher Parteien auch der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Disco entschieden ausgesprochen und ein gesetzgeberisches Vorgehen angeknüpft. Es ist aber nichts geschehen. Die Forderung des Ministerialdirektors Caspar, daß ihm wesentliche Mißstände nicht bekannt geworden seien, ist eine Weltfremdheit obnegleichen. Die Mißstände sind so groß, daß nicht die Rechtsprechung, sondern nur die Gesetzgebung helfen kann. Das erkennt selbst der Verein Deutscher Zeitungverleger an. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück verweist darauf, daß auch im vorigen Jahr der Reichstag in zwei Resolutionen das Verbot der Abmienenversicherung und eine Denkschrift verlangt habe. Ich erklärte damals, daß ich ein gesetz-liches Eingreifen nicht für nötig oder zweckmäßig hielt. Wir beschäftigen uns jetzt mit der Denkschrift. Offenlich kommen wir bald zu einer Entscheidung, ob ein gesetzliches Verbot notwendig ist oder nicht.

Abg. Dr. Marcou (D.) erklärt sich für die Resolution. Bei den Vorarbeiten sollen auch die bayerischen Organisationen gehört werden, besonders der Verein Deutscher Zeitung-verleger in Hannover. Nach einer Beschwerde des Abg. Werner (Nep.) über mangelnde Initiative des Justizamts wird die Resolution angenommen.

Eine Anzahl Titel unwesentlicher Natur werden ohne besondere Debatte erledigt. Beim Titel: Beitrag für die Anzahl zur

Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit
im Deutschen Reich weist Abg. Wächner (Soz.) auf die große Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich hin, das neben Rußland und Österreich in der Säuglingssterblichkeit an erster Stelle steht. Man darf die Unterfütterung der An-falten, die die Säuglingssterblichkeit bekämpfen, nicht ganz der Privatwohlfahrt überlassen. Wir sind bereit, weit-gehende Forderungen zu bewilligen, die wir für wichtiger halten als die Ausgaben für die Verstärkung von Meer und Flotte.

Abg. Genu (D.): Bei uns steigt langsam die Gefahr auf, daß unsere Bevölkerung zurückgeht, was nach dem Worte des früheren amerikanischen Präsidenten einem Massenelbstmord gleichkommt. Die Säuglingssterblichkeit bei uns ist geradezu traurig, sie war vor hundert Jahren geringer als heute. Man soll eine Wirtschaftspolitik ver-folgen, die den Eltern die Ernährung ihrer Kinder nicht unmöglich macht. Zurück zur Natur! Dies sollten gerade auch die gebildeten Frauen beherzigen. Alle Beteiligten sollen für Aufklärung sorgen. Der Staat hat diese mit

keinen Mitteln zu unterstützen und das Sehnache von dem, was es heute verlangt, dafür aufwenden. Damit würde er eine wahrhaft schöne Tat tun. (Beifall links.) Für besseren Säuglingsstand sprechen noch die Abg. Paasche (natl.) und Dr. Krenzl (Soz.).

Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind 100 000 Mark ausgesetzt. Abg. Reinold (natl.) begründet eine nationalliberale Resolution. Es müsse Vorbehalte getroffen werden, daß nicht ganze Familien ange-streift werden. Die Resolution wird einstimmig an-genommen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird der ordent-liche Etat bemittelt. Beim außerordentlichen Etat flagt der Abg. Hofrichter (Soz.) über den Mangel an Klein-wohnungen.

Das Reichstagspräsidium beim Kaiser.

Der erste Vizepräsident des Reichstages, Herr Dr. Paasche, war mit dem königlichen Hofmarschallamt in Verbindung ge-treten, um dem Kaiser seine Wahl persönlich mitteilen zu dürfen. Darauf ging allen drei Präsidenten des Reichstages eine Mit-teilung zu, daß der Kaiser bereit sei, das Reichstagspräsidium zu empfangen.

Als die Herren Dr. Kaempf, Dr. Paasche und Dove darauf im königlichen Schloße zu Berlin erschienen, wurden sie sofort zum Kaiser gebeten, der sie sehr liebenswürdig empfang.

Der Kaiser sprach zunächst scherzend zu Herrn Kaempf über die Wahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise, bei der er, der Kaiser, für den fortschrittlichen Kandidaten mitgearbeitet hätte, und richtete an die beiden Vizepräsidenten einige Worte, die ihre Familienbeziehungen usw. betrafen. Dann sprach er von dem Kohlenstreik im Ruhrgebiet und äußerte seine Freude über die schnelle Beendigung. Er hoffe, daß der Streik keine allzu große Schädigung für die deutsche Volkswirtschaft gebracht habe. Der Kaiser berührte sodann die Rede Churchills und die Flottenbauten und wies auf die Wichtigkeit der seit zehn Jahren von Deutschland verfolgten Flottenpolitik hin. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß es bald gelingen werde, die neue Wehrevorlage im Reichstage zur Annahme zu bringen.

Die innere Politik wurde nicht erwähnt. Der Unter-redung, die etwa zwanzig Minuten dauerte, wohnte außer dem Kaiser und den drei Präsidenten keine andere Person bei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Eine neue Bundesratsverordnung, betreffend die Be-schäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Glasbläsen, Glasblechereien und Glasblechereien sowie Sandbläseereien, ist in einer der letzten Sitzungen des Bundesrats beschlossen worden und soll zum 1. April mit zehn Jahren Geltung in Kraft treten.

+ Der Ausländerparagraf wurde in der Kommission für das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz weiter be-ratet. Man beabsichtigt, ihm einen neuen Paragrafen beizugeben, der lautet: Die Einbürgerung darf erst er-folgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat. Erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so ent-scheidet der Bundesrat. Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, daß die Einbürgerung des Antrag-stellers oder eines der in § 12 bezeichneten Angehörigen das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates gefährden würde.

+ Bei der Fortsetzung der Etatsberatung im bayerischen Landtag nahm auch der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling das Wort. Er verbreitete sich über die Gerüchte der letzten Zeit, die ihn als Sieger über den Reichskanzler darstellten, und sagte u. a.:

Ich bin nicht als Triumphantur beimgeliebt, ich habe keinen Sieg über Bermuth gewonnen. Die Verhandlungen im Bundesrat sollten durchaus vertraulichen Charakter haben. Als aber Bermuth's Entlassungsgesuch kam, war dies Schweigen nicht mehr möglich. Wir hatten einstimmig i t Bundesrat die Meinung, daß die Einbringung der Erb-schaftsteuer in der alten Form mit Rücksicht auf die sozial-demokratische Partei ein politischer Fehler gewesen wäre und keinen Erfolg versprochen hätte.

Der Ministerpräsident hob dann hervor, daß er seine frühere Meinung gegen die Erbschaftsteuer aufgegeben hätte, wenn andere Bundesstaaten für diese Steuer ein-getreten wären. Es war jedoch keine Rede mehr von der Erbschaftsteuer, denn der früher auf 80 bis 100 Millionen Mark geschätzte Überschuss sieht jetzt schon mit 20 Millionen Mark fest. Auch der Reichsetat verspricht noch eine weitere bessere Konjunktur.

+ Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Dr. Friedberg einen Wahlrechtsantrag eingebracht, der um Vorlage eines Gesetzesentwurfs erucht, welcher für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (unter Beibehaltung des

bekannt
ial
Preisen
gift.
m. 2 Uhr
terstuh) ver-
Gardinen
Wischtücher
ampfen, teils
Papierkörbe,
Kinderbett-
ung: Brot-
er, Besteck,
21 Messing-
e
erden.
ter Fleck.
ndis
Anlagen
-Gesellschaft
Naunhof
ort) sind
user
stück zu ver-
Grundstück
m od. sonstiger
nommen. Nur
woll. f. melden
an Rudolf
psig.
-Zucker
glace
schmad
artplatz 80.
Wien
as
Ge-
stern
rhen